

bandes zurückführen. Dort aber, wo diese Zerschlagung und Auflösung nicht mehr möglich sei oder gleichzeitig einen unproduktiven Verlust an Werten nach sich ziehen würde, müsse die direkte Staatskontrolle einsetzen bis zur völligen Verstaatlichung. Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« bemerkte eben sehr richtig, daß es sicherlich heute keinen Wirtschaftsverband gäbe, der es mit der mächtigsten Regierung, die wir seit Jahrzehnten gehabt hätten, zu verderben wünsche. Aber die Sachen würden sich nach wie vor hart im Raume stoßen, und die natürlichen Gegensätze müßten sich auch weiter melden. Es wäre ein großer Fehler, das Verbandswesen nun schematisieren und einheitlich von oben leiten zu wollen. Die ständige Fühlungnahme mit dem wirtschaftenden Menschen und seinen Sorgen, auf die Hitler und Goebbels mit Recht so großen Wert legten, könne nur gelingen, wenn genügend Freiheit herrsche, die zur Mitarbeit und zur Hervorbringung neuer Gedanken von unten herauf ansporne. Im Hauptauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstages hat dieser Tage Präsident Grund u. a. ausgeführt: »Wir wissen uns in der Betrachtung der großen Wirtschaftsfragen mit dem Reichkanzler eins. In diesem Sinne habe ich dem Reichkanzler in persönlicher Aussprache erklärt, daß die von uns vertretenen Unternehmer von Industrie und Handel, Schifffahrt, Banken und Verkehr sich vorbehaltlos zur freudigen Mitarbeit am nationalen Staat bekennen und bereit und entschlossen sind, an den Aufgaben der Erholung und Kräftigung der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands mitzuarbeiten, daß die Handelskammern gleichermaßen bereit und entschlossen sind, ihre wirtschaftspolitische Arbeit und Beratung mit allen Kräften zum Besten der Nationalwirtschaft unter Hintanstellung von Einzelinteressen weiterzuführen. Diese Befundung des Willens zur Mitarbeit hat der Reichkanzler mit Dank und Zustimmung entgegengenommen«. Präsident Grund betonte dann aber das Erfordernis, daß den Handelskammern überall die Möglichkeit erhalten werde, die ihnen übertragenen öffentlichen Aufgaben gesetzmäßig zu erfüllen. Die Landwirtschaft hat inzwischen im übrigen den Weg zu ihrer berufsständischen Vertretung bereits gefunden. Die auf Einladung des Präsidiums des Reichslandbundes zusammengetretene Leitung des agrarpolitischen Apparates der NSDAP. und der diesem eingegliederten nationalsozialistischen Bauernschaften sowie die Spitzenvertretungen der Vereinigung der Deutschen Christlichen Bauernvereine und anderer Bauernverbände haben soeben eine Gemeinschaft zur Schaffung der durch freien Entschluß zu gründenden einheitlichen Standesvertretung des gesamten deutschen Bauerntums und zur Durchführung der endgültigen organisatorischen Regelung bis spätestens 1. Januar 1934 gebildet. Reichkanzler Hitler wurde gebeten, der Schirmherr der Gemeinschaft zu sein und dadurch dem Einigungswert seinen besonderen Schutz zu verleihen. Der große Einigungsgedanke des gesamten Berufsstandes soll durch die unmittelbare eindeutige Verknüpfung mit der Person des Staatsführers klar und offen aus den Niederungen des für die Träger des neuen Deutschland überwundenen Parteidentens herausgehoben werden. Der Reichkanzler hat sich bereit erklärt, der Schirmherr der neuen Reichsführergemeinschaft zu sein. Nach einem Artikel von Oberpräsident Frhr. v. Linnich im »Tag« ist es ein Beweis für den einmütigen Einheitswillen des deutschen Bauerntums, daß nach Wegfall der parteipolitischen Hemmungen die standespolitischen Verbände alsbald aus freiem Entschluß den Weg zueinander und zur Einheit gefunden haben. Leitmotiv des Aufbaues und der Arbeit müsse sein: Die Willensbildung von unten her, organisch erwachsend aus dem schollengebundenen Mut und Willen des Bauernstandes selbst, in korporativer Gliederung bis zur Spitze der Reichsbauernschaft, die ihrerseits sich bewußt sei, nicht liberalistische Interessenvertretung, sondern dienendes Glied der nationalen Volksgemeinschaft zu sein. Die Umstellung in der Leitung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie dient ebenfalls der Gleichschaltung. Nach neueren Pressemeldungen haben außer dem geschäftsführenden Präsidialmitglied Kastl weitere fünf Herren der höheren Beamtenchaft des Reichsverbandes ihre Posten niedergelegt; Herle wird jedoch auch weiterhin Geschäftsführer des Reichsverbandes bleiben. Beachtlich sind die Ausführungen, mit denen der nationalsozialistische »Angriff« diese Vorgänge be-

gleitet hat. Nach seiner Ansicht ist mit der Gleichschaltung im Reichsverband der bisher dort vorherrschende wirtschaftliche Liberalismus überwunden; an seiner Stelle werde die Weltanschauung des Nationalsozialismus ausschlaggebend sein. Von nun ab werde auch im Reichsverband unbedingt das Primat der Politik herrschen. Automatisch erfolge auch eine Gleichschaltung der bisher getrenntlaufenden Unternehmer- und Arbeiterpolitik. Um die Gegensätze in der Wirtschaftspolitik zwischen Industrie und Landwirtschaft zum Ausgleich zu bringen, würden »Konkassen« nicht mehr nötig sein. Schließlich würden auch die scharfen wirtschaftlichen Gegensätze zwischen Industrie und Handwerk weitestgehend beseitigt werden. Man könne daher wohl sagen, daß die Gleichschaltung des Reichsverbandes eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Überbrückung aller Interessenten- und Klassengegensätze im deutschen Wirtschaftsleben gewesen sei. Anzuschließen sind die Vorgänge in der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels. Der neue kommissarische Leiter der Hauptgemeinschaft Hilland hat im Pressedienst des Einzelhandels einen Aufsatz veröffentlicht: »Neue Wirtschaftsführung«, in dem er u. a. ausführt, man habe zunächst die Hauptgemeinschaft selbst mit den nationalsozialistischen Wirtschaftszielen gleichschaltet und sei augenblicklich dabei, die Durchorganisation der ihr angeschlossenen Unterverbände durchzuführen mit dem Endziel, die Hauptgemeinschaft später in der nationalsozialistischen Berufs- und Standesvertretung zur Spitze einer Zwangsorganisation zu machen. Selbstverständlich sei, daß auch in den Handelskammern das Einzelhandelsinteresse in Zukunft stärker vertreten sein müsse.

Zu dieser Gleichschaltung ist wohl noch ein kurzes erläuterndes Wort am Platze. Man irrt wohl, wenn man annimmt, es käme dabei nur auf den Austausch von ein paar Persönlichkeiten und einige äußerliche organisatorische Maßnahmen an. Tatsächlich handelt es sich doch wohl um mehr, um etwas grundsätzlich anderes. Man darf, meine ich, nicht überhören, daß die nationalsozialistische Bewegung von je ganz besonderes Gewicht darauf gelegt hat, daß es bei ihr um die Weltanschauung gehe. Der Kern aber dieser nationalen Weltanschauung, wie sie insbesondere von Moeller van den Bruck geformt worden ist, liegt in der Forderung, daß nicht der Einzelne, sondern das Ganze, das Volk, sein Staat das Wertbestimmende sei. Das gilt insbesondere nun auch für das Verhältnis des Staates als des umfassendsten Männerbundes zu allen anderen Vereinigungen, denen sich der Mann anschließen mag, sei es nach beruflichen, klassenmäßigen oder irgend welchen anderen Interessen. Weil der Staat unbedingten Anspruch auf den ganzen Mann erheben und seiner unter allen Umständen sicher sein können muß und will, kann er es nicht dulden, daß andere Vereinigungen welcher Art immer, die er an sich nicht ausschließt oder verbietet, ihre Mitglieder dem Staat entziehen oder in einer Weise ihrerseits beanspruchen, die sie mit ihren Pflichten Staat und Volk gegenüber in Konflikt bringen können. Daher insbesondere die schlechthinnige Ablehnung aller internationalen und geheimen Verbindungen. Daher aber eben auch die Forderung der »Gleichschaltung«, die sichert, daß jede Vereinigung so geführt wird, daß sie sich mit dem Staatswillen in Übereinstimmung befindet, daß jedenfalls Konflikte von vornherein ausgeschlossen bleiben. Unter dieser Voraussetzung kann sich der Staat dann viel weiter entlasten, als das sonst möglich wäre, und vieles wieder der Selbstverwaltung überlassen, was er jetzt in eigene Regie genommen hat, ja nehmen mußte, wenn er überhaupt seinen Willen durchsetzen wollte.

So lange diese Gleichschaltung noch nicht erledigt ist und die Regierung noch stark in Anspruch nimmt, ist an den Angriff großer wirtschaftlicher Aufgaben wohl noch nicht zu denken. Es ist auch anscheinend auf rein formalem Gebiet noch mancherlei geplant. Nach einer Veröffentlichung in der Frankfurter Zeitung vertritt z. B., was auch den Buchhandel interessieren wird, der Ministerialdirektor Freisler vom Preussischen Justizministerium den Standpunkt, daß in der Frage der Firmenwahrheit endgültig Wandel geschaffen werden müsse. Es seien Erwägungen im Gange, daß unter Anlehnung an die in England in Kraft befindlichen Bestimmungen die Gesellschaften und Firmen, deren Namen nicht mehr mit dem Namen des wirklichen Besitzers iden-